

19/86

Helmut Kohl zur Niedersachsenwahl:

Die Partei hat einen großartigen und intensiven Wahlkampf geführt

Eine großartige kämpferische Leistung der niedersächsischen CDU wie der Bundespartei, hervorragend unterstützt vom Bonner Konrad-Adenauer-Haus, haben nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl und des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht entscheidend dazu beigetragen, daß die CDU gemeinsam mit der FDP weiter in Niedersachsen regieren kann.

Auf einer Pressekonferenz am Tage nach der Wahl bezeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl vor Bonner Journalisten das Wahlergebnis als einen Erfolg für die Union. Die wichtigsten Ziele wurden erreicht: Ernst Albrecht bleibt Ministerpräsident in Niedersachsen und die Koalition in Bonn behält die Mehrheit im Bundesrat. Die Stimmenverluste führte der Bundeskanzler teilweise auf Wahlenthaltung besonders in den ländlichen Gebieten sowie auf eine „Welle der Angst“ zurück, die nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl entstanden sei. Ministerpräsident Ernst Albrecht deutete die Ergebnisse als eine „Rückkehr zur Normalität“.

„Entscheidend ist, daß Ernst Albrecht seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann, stellte **Helmut Kohl** u. a. fest. Der gestrige Tag hat unseren Kurs bestätigt. Ich kann nur noch einmal unterstreichen, daß vor allem in den kritischsten letzten drei Wochen die Partei in Niedersachsen, unterstützt vom Adenauer-Haus und von der Bundespartei, ganz ungewöhnlich intensiv

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Niedersachsen vom 15. Juni 1986 finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe

(Fortsetzung von Seite 1)

gekämpft hat. Ich gehe davon aus, daß dies auch ein Beispiel sein wird für die Bundestagswahl.

Das zweite Ziel war, daß wir die Mehrheit im Bundesrat behalten. Und das dritte, sehr wichtige, was über den Tag hinaus wirkt ist das, was Heiner Geißler mit der Formulierung der Richtungswahl schon vor Wochen deutlich gemacht hat. **Es hat sich in Niedersachsen zum ersten Mal in drastischer Schärfe gezeigt, daß zwei Blöcke einander gegenüber stehen, auf der einen Seite die CDU mit den Freien Demokraten, auf der anderen Seite die Grünen und Sozialdemokraten.** Willy Brandt hat in der letzten Woche noch einmal sehr deutlich gesagt, daß er im Falle einer ausreichenden Mehrheit natürlich damit rechnet, daß sein Kandidat mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsident von Niedersachsen gewählt wird. Das beweist, daß die Bundestagswahlaus-einandersetzung, was immer Herr Rau sagen mag, so geführt werden wird, daß die Sozialdemokraten natürlich die Grünen als Unterstützer beanspruchen werden, wenn der Wähler ihnen eine solche Chance eröffnet. Für mich gibt es überhaupt keine Zweifel daran, daß diese Absicht besteht.

Eine „blanke Illusion“

Das niedersächsische Wahlergebnis hat sehr deutlich gemacht, daß das Wahlziel der SPD, die absolute Mehrheit der Mandate zu erreichen, eine blanke Illusion ist. Die Sozialdemokraten haben keine Chance, die Mehrheit der Mandate bei der Bundestagswahl zu erhalten. Wenn man das gestrige Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Bundestagswahl hochrechnet, dann wird man erkennen, daß man zu einem ähnlichen Ergebnis kommen wird wie am 6. März 1983.

Bei unserer Analyse wird natürlich auch der Stimmenrückgang sehr sorgfältig zu beachten sein. Ein Stimmenrückgang, der teilweise in Wahlenthaltungen bestand, teilweise auch durch die Ereignisse nach dem Reaktorunfall in der Ukraine bedingt ist. Die Welle der Angst, die viele Gründe hat und für die ich immer wieder mein Verständnis betont habe, hat die politische Landschaft im Wahlkampf völlig verändert. Es steht außer Frage, daß wir vor ungefähr drei Wochen eine ganz ungewöhnlich kritische Phase für die Union hatten. Es ist die eigentliche Leistung der letzten drei Wochen, daß wir aus diesem Rückstand das jetzige Wahlergebnis gemeinsam erkämpft haben.

IG Metall hat das Klima vergiftet

Ich will noch ein kurzes Wort sagen zu der Kampagne und der Verhetzung durch die IG Metall. Wir haben immer scharfe Auseinandersetzungen in der Sache mit den Gewerkschaften gehabt, das ergibt sich aus der Parteienstruktur in der Bundesrepublik. Ich will noch einmal als Parteivorsitzender sagen, daß wir den Krach mit den Gewerkschaften im DGB nicht suchen. Aber es ist ganz unbestreitbar, daß vor allem die IG Metall in diesem Wahlkampf mit persönlichen Hetzparolen gegen den Spitzenkandidaten Ernst Albrecht und gegen uns hier in Bonn in einer Weise auftrat, die das Klima völlig vergiftet hat. Man muß die führenden Repräsentanten des Deutschen Gewerkschaftsbundes fragen, ob sie es dulden, daß einzelne Gewerkschaften auf diesem Weg weitergehen. Denn, wer ja sagt zur Einheitsgewerkschaft, der muß auch ja sagen zu einem erträglichen Verhältnis zu politischen Gruppierungen, denen man selbst nicht angehört. Ich hoffe sehr, daß die Verantwortlichen im DGB jetzt, nach-

Ernst Albrecht:

Eine Wahl gegen Rot-Grün

Ernst Albrecht erklärte in der Pressekonferenz u. a.: Dies ist einer der erstaunlichsten Wahlkämpfe gewesen, die wir geführt haben. Er ist durch die Ereignisse in der Sowjetunion völlig anders verlaufen, als die Parteien sich das zu Anfang gedacht hatten.

Vor Pfingsten war es sehr fraglich, ob die Union mit der FDP zusammen überhaupt eine Mehrheit erreichen könnte angesichts der Stimmung, die durch den Reaktorunfall in der Sowjetunion produziert worden ist. Wir haben richtig gehandelt, indem wir uns im Wahlkampf konzentriert haben auf das Wesentliche: **nämlich auf die Frage, ob Niedersachsen, in gewissem Sinne stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland, sich dazu entscheidet, rot-grün regiert zu werden oder aber christlich demokratisch/liberal.** Zur Ehre der niedersächsischen CDU möchte ich an dieser Stelle sagen: **die Partei hat phantastisch gekämpft, sie hat in drei Wochen den verlorenen Boden wieder aufgearbeitet und es geschafft, daß wir eine eindeutige, verlässliche Regierungsmehrheit für die nächsten vier Jahre haben.**

Für die Öffentlichkeit interessant ist:

dem das Wahlergebnis vorliegt, sich dies alles noch einmal gut überlegen. Wir werden einer Auseinandersetzung nicht aus dem Weg gehen, auch nicht im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl, wenn in diesem Stil weiter versucht wird, politischen Einfluß zu nehmen.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß wir trotz der Verluste mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sind. Unsere Hauptziele

1. daß wir in völliger Harmonie zwischen Bundespolitik und Landespolitik, zwischen Bundespolitikern und Landespolitikern, zwischen Helmut Kohl und mir, diesen Wahlkampf geführt haben.

2. Ich glaube, daß dieses Wahlergebnis symptomatisch für die Bundesrepublik Deutschland klar gemacht hat, daß die Sozialdemokratische Partei, was immer sie auch den Wählern vorgaukeln mag, nicht den Hauch einer Chance hat, die absolute Mehrheit der Mandate zu gewinnen.

Dies ist ja die Behauptung von Gerhard Schröder und den Sozialdemokraten in Niedersachsen gewesen. In zunehmendem Maße hat Herr Rau dies zu seiner eigenen Sache gemacht. Es war interessant zu sehen, daß in den letzten zwei Wochen Anzeigen überhaupt nur noch mit dem Portrait von Johannes Rau geschaltet wurden, um glaubhaft zu machen, daß die SPD alleine die Regierungsverantwortung übernehmen könnte; sie ist bei 42 Prozent und etwas gelandet. Wenn man weiß, daß die Sozialdemokraten mal in Niedersachsen 46 Prozent erzielen konnten, wenn man weiß, daß die Sozialdemokraten 28 Jahre lang in Niedersachsen die

sind erreicht worden. Wir haben eine gute Position. Wir können unsere Arbeit wie vorgesehen in diesem Jahr fortsetzen, um uns dann mit ganzer Kraft der Bundestagswahl zu widmen. Ich bleibe bei meiner These, wir haben eine großartige Chance, wie am 6. März 1983, auch Ende Januar des kommenden Jahres eine Bestätigung für die ‚Koalition der Mitte‘ vom Wähler zu erhalten.“

Regierung gestellt haben, dann sind diese 42 Prozent zwar eine Normalisierung gegenüber 1982, aber sie zeigen auch sehr deutlich die Grenzen der Sozialdemokratie auf.

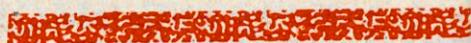
Ein weiterer bemerkenswerter Punkt ist der, daß die CDU erstmalig offensiv die Auseinandersetzung mit den Grünen gesucht und sich nicht nur auf die Auseinandersetzung mit der SPD konzentriert hat. Denn wenn es richtig ist, daß es überhaupt eine andere Mehrheit nur geben kann, in der Form von rot-grün, dann muß man sich natürlich auch mit den Grünen auseinandersetzen. Die Grünen haben uns das dadurch sehr erleichtert, daß sie auf ihrem Bundesparteitag eine ganze Serie von sehr deutlichen, aber inhaltlich auch abenteuerlichen Beschlüssen gefaßt haben. Wir haben im Wahlkampf das, was die Grünen selber entschieden haben, den Wählern in allen Konsequenzen verdeutlicht. Und dies ist vielleicht die eigentliche Überraschung des Wahlergebnisses, daß die Grünen, die gehofft hatten über 10 Prozent zu kommen, sich mit einer geringfügigen Verbesserung zufrieden geben mußten.

Was Franz Josef Strauß gestern gesagt hat, daß die rot-grüne Welle hier in Niedersachsen gebrochen worden ist, halte ich für richtig und fortwirkend für die nächsten Monate und Jahre.

Es ist das erste Mal gewesen, daß die IG Metall, und zwar nur die IG Metall — nicht die Gewerkschaften — frontal Wahlkampf geführt hat gegen die CDU, so als sei die IG Metall eine kämpfende Partei. Es freut mich deshalb besonders feststellen zu können, daß die IG Metall in die Niederlage voll einbezogen ist und dort, wo die Schwerpunkte ihrer Aktivität gewesen sind, ist das Wahlergebnis nicht abweichend von dem Gesamtergebnis im Lande. Den heftigsten Wahlkampf hat die IG Metall in Wolfsburg geführt, und

diese reine Arbeiterstadt hat der Christlich Demokratischen Union in direkter Auseinandersetzung die Mehrheit bei der Kandidatenentscheidung gegeben, d. h. wir haben diesen Wahlkreis auch diesmal direkt gewonnen.

Ich glaube, daß dieses für die Zukunft von erheblicher Bedeutung ist. Es ist immer die Auffassung der Christlich Demokratischen Union gewesen, daß wir die Einheitsgewerkschaft wünschen, daß sie alles in allem ein hohes Gut für die Bundesrepublik Deutschland ist. Wir würden es aber sehr ungern sehen, wenn sich solche Aktivitäten wie die der IG Metall wiederholen würden, was in der Konsequenz die Grundfesten der Einheitsgewerkschaft selber zerstören müßte.



Pressestimmen zum Wahlausgang in Niedersachsen

Die Aufrechterhaltung einer konservativen Regierungsmehrheit in diesem Bundesland bedeutet eine Erleichterung für Kohl...

(Franz. Rundfunk: France Inter)

... eine deutliche Entlastung für Bundeskanzler Kohl und seine Koalitionsregierung, ... die keinen Anlaß sehen werden, ihren bisherigen Kurs zu korrigieren. Und ... eine deutliche Belastung für den sozialdemokratischen Konkurrenten Rau, dessen Strategie, es alleine schaffen zu wollen, doch schwer an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat...

(NDR II)

Kanzler Helmut Kohl wird insofern mit dem Ergebnis von Hannover zufrieden sein können, als ihm jetzt im Bundesrat nicht eine SPD-Opposition bei der Gesetzgebung erwächst. Er kann sich auch seine Ent-

scheidungen für einen Umweltminister Wallmann und für eine Aussetzung der Sparpolitik zugunsten der Bauern als taktisch richtige Maßnahmen anrechnen.

(SWF I)

Es ist nicht zu verkennen, daß die entscheidenden Prozenste in der Bevölkerung nicht auf eine SPD setzen wollten, die von den Grünen abhängig ist. (Deutsches Fernsehen)

Die Wiederwahl Ministerpräsident Albrechts ist auch ein Erfolg für Bundeskanzler Kohl, der sich mit dem Abschneiden seiner Partei identifiziert hat und nun seinen „Kurs der Mitte“ bestätigt sieht.

(„Der Bund“, Bern)

Für die Bundesregierung sind die Ergebnisse von Niedersachsen trotz der starken Verluste der CDU ein stärkendes Zeichen. Der letzte große Test vor der Bundestagswahl ist zu ihren Gunsten ausgegangen. ... Kanzlerkandidat Johannes Rau, der sich stark im niedersächsischen Wahlkampf engagiert hatte, muß den Sieg seiner Gegner als persönliche Niederlage empfinden.

(„Liberation“, Paris)

Der erste Urnentest nach der Reaktorkatastrophe in der Ukraine zeigt, daß Tschernobyl doch nicht überall ist ... Der Kanzler ... kann mit einer soliden Ausgangsbasis in den eigenen Bundestags-Wahlkampf eintreten.

(„Basler Zeitung“)

Es ist ein symbolischer, aber wichtiger Erfolg der Union.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Wer diese mit schwersten Handikaps belastete „Richtungswahl“ gewonnen hat, ... kann der Bundestagswahl halbwegs beruhigt entgegensehen.

(Frankfurter Neue Presse)

Die Bonner Koalition kann wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft blicken.

(Aachener Nachrichten)

Das Ergebnis bedeutet zugleich eine Stabilisierung der Bonner Koalition und Helmut Kohls.

(Handelsblatt)

Ungeachtet der Stimmenverluste kann er (der Bundeskanzler, die Red.) nun nahezu unangefochten in den Bundestagswahlkampf gehen.

(Stuttgarter Zeitung)

Der Kanzler wird sich in seinem Selbstwertgefühl bestätigt sehen.

(Münchener Merkur)

Für ihn ist Niedersachsen, alles in allem, ein Traumergebnis.

(Neue Rhein Zeitung)

Er hat eine „Richtungswahl“ gewonnen.

Nun muß er durchstarten.

(Bild)

Niedersachsen hat es bestätigt: Kohl ist ein Kanzler, mit dem die Union Wahlen gewinnen kann.

(Deutsche Tagespost)

Viel Honig kann die SPD aus Schröders Zugewinn nicht saugen.

(Frankfurter Neue Presse)

Der Stolz über die gewonnenen Prozenste kann nicht verdecken, daß eine absolute Mehrheit in weiter Ferne liegt.

(Neue Osnabrücker Zeitung)

Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, daß die SPD die absolute Mehrheit erreichen könnte.

(Badische Zeitung)

Die „Mehrheit links von Union und FDP“ gibt es derzeit anscheinend wohl doch nicht.

(Abendzeitung)

Die Strategie Raus ist nicht aussichtsreicher geworden ...

(Handelsblatt)

Nicht die Attacken der politischen Gegner bewirkten das für die Umweltpartei so enttäuschende Ergebnis. Sie verspielte ein besseres Resultat schon auf ihrem Parteitag in Hannover.

(Neue Osnabrücker Zeitung)

Die Grünen haben sich mit ihren maßlosen Forderungen selbst um ein besseres Ergebnis gebracht.

(Handelsblatt)

Bilanzfälscher am Werk

In inzwischen sattsam bekannter Konfrontationsmanier wurden beim Hamburger DGB-Kongreß die Erfolge der Bonner Regierungskoalition in eine Negativ-Bilanz verfälscht. Besonders tat sich dabei der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr hervor.

Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, stellt folgende Fragen:

Ist es negativ,

- daß wir 1985 rund 200 000 mehr Beschäftigte haben und die unabhängigen Wirtschaftsinstitute für 1986 einen Beschäftigungsgewinn von 300 000 Arbeitsplätzen erwarten,
- daß es 1986 erstmals seit 1979 wieder einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt geben wird,
- daß die Preise stabil sind und die Realeinkommen der Arbeitnehmer und Rentner wieder wachsen,
- daß die Zahl der Kurzarbeiter von ihrem Höchststand im Winter 1983 um fast eine Million zurückgegangen ist,
- daß wir für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr 11,5 Milliarden Mark — das sind 70 Prozent mehr als im Jahr 1982 — zur Verfügung stellen,
- daß wir die Zahl der Arbeitnehmer in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung von 265 000 im Jahre 1982 auf 409 000 im Jahre 1985 erhöht haben,
- daß wir das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer verlängert haben,
- daß wir im Steinkohlebergbau durch die Finanzierung von Anpassungsschichten Entlassungen vermieden haben,

- daß wir Frauen Wiedereingliederungshilfen anbieten und damit ihre Rückkehrmöglichkeit in den Beruf verbessern,
- daß wir die Teilzeitarbeit arbeitsrechtlich besser abgesichert haben,
- daß die Rücklagen in der Rentenversicherung erstmals seit 13 Jahren wieder steigen,
- daß wir eine Hinterbliebenenrentenreform durchgeführt haben, die die kleinen Renten schont, frauenfreundlich ist und deshalb auch vom DGB unterstützt wurde,
- daß wir zum ersten Mal Erziehungszeiten im Rentenrecht eingeführt haben,
- daß wir für den Elternteil, der sich ganz der Erziehung eines Kindes widmet, ein Erziehungsgeld mit Arbeitsplatzgarantie eingeführt haben,
- daß wir 1985 die Sozialhilfe um acht Prozent erhöht haben?

Die Antwort auf diese Fragen, die sich fortsetzen ließen, ist einfach. Sie lautet aus der Sicht der Arbeitnehmer: Nein, nicht negativ, sondern positiv ist die Bilanz. Für wen spricht also der DGB, für die Arbeitnehmer oder für die SPD?

Auch Kreml folgt Kohls Einladung

21 von 26 Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, haben positiv auf die Idee von Bundeskanzler Helmut Kohl reagiert, eine internationale Zusammenkunft zur Reaktorsicherheit einzuberufen. Darunter sind auch die UdSSR, die ČSSR und Rumänien.

Ende Juni wird der Bundeskanzler auf dem EG-Gipfel in Den Haag versuchen, eine einheitliche Linie der Europäer herbeizuführen.

Die besten Mai-Arbeitsmarktdaten seit dem Regierungswechsel

Die für Mai dieses Jahres gemeldeten Arbeitsmarktdaten sind für diese Jahreszeit die mit Abstand besten seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982; dies ist eindeutig belegt, wenn man auch die wesentlich niedrigeren Kurzarbeiterzahlen im Vergleich jeweils im Mai der Jahre 1983 bis 1985 und die vergleichsweise hohe Zahl der offenen Stellen berücksichtigt.

Im Verlauf der bisherigen fünf Monate dieses Jahres ist gegenüber den Vergleichszeiträumen der zurückliegenden Jahre die Zahl der Vermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse spürbar angewachsen, dagegen die Zahl der Arbeitslosmeldungen gesunken. Dies sind neben dem starken Zuwachs der neu als offen gemeldeten Stellen unverkennbare Signale dafür, daß einerseits die Zahl der Arbeitsverhältnisse beträchtlich anwächst, andererseits aber auch die Arbeitslosigkeit im Trend weiter zurückgehen wird. Das ist ein nicht zu unterschätzender gemeinsamer Erfolg der Wirtschaft wie auch des Staates, erklärte **Bernhard Jago**, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär **Friedhelm Ost**, erklärt zu der neuesten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Bundesregierung begrüße es, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit vorankommt. Die Mai-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen, daß die seit Monaten anhaltende positive Entwicklung sich verstetigt.

Fast 71 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahresmonat, eine Verringerung der

Kurzarbeiterzahl um 33 Prozent auf nur noch knapp 153 000, dazu ein Anstieg der offenen Stellen um rund 47 Prozent auf nun über 169 000 — das sind eindeutige Signale des Fortschritts. Der wirtschaftliche Aufschwung geht also keineswegs am Arbeitsmarkt vorbei. Allerdings erfolgt der Abbau der Arbeitslosigkeit langsamer als der Anstieg der Arbeitslosigkeit — vor allem 1981 und 1982 jeweils plus 40 Prozent.

Besonders erfreulich ist der weitere Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit um 8,3 Prozent auf nunmehr knapp 118 000. Die Arbeitslosenquote liegt hier bei 6 Prozent — gegenüber 8,5 Prozent im gesamten Durchschnitt. Sie ist damit niedriger als in allen anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Und nicht zu vergessen: Noch nie haben so viele Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten wie in den letzten Jahren.

Die Bundesregierung weiß, daß in langen Jahren tief eingefressene Krebsübel Arbeitslosigkeit nur sehr mühsam und allmählich zu beseitigen sein wird. Doch ebenso zweifelsfrei ist, daß die Politik der Bundesregierung zur Wiedergewinnung von Wachstum, Beschäftigung und Stabilität bereits eine grundlegende Verbesserung auch auf dem Arbeitsmarkt eingeleitet hat. Rund eine Million Arbeitsplätze gingen Anfang dieses Jahrzehnts in der Bundesrepublik Deutschland verloren. Seit Frühsommer 1984 ist der lange Rückgang der Beschäftigung in einen steten Wiederanstieg übergegangen. Um mehr als 300 000 liegt die Zahl der Beschäftigten über dem letzten Tiefpunkt.

Zur Sache:

**Es geht aufwärts
am Arbeitsmarkt**

Immer mehr Menschen haben Arbeit

Frischer Wind auf dem Arbeitsmarkt: Im April 217 000 Arbeitslose weniger, im Mai noch einmal 108 000 – macht zusammen 325 000. Unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik zahlt sich auf dem Arbeitsmarkt aus. Es geht aufwärts.

Die Arbeitsplätze werden sicher. Das zeigt der Rückgang der Kurzarbeit.

Das ist der Aufschwung: Sichere Arbeitsplätze, steigende Einkommen, stabile Preise. Vertrauen in die Zukunft – Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland.

Norbert Blüm:

„Jetzt sind alle gefordert:

- 1. Die Unternehmer müssen die Gewinne in mehr neue Arbeitsplätze stecken!**
- 2. Die Gewerkschaften sollen mitmachen und sich nicht querlegen.**
- 3. Städte und Gemeinden müssen ran an die nötigen öffentlichen Investitionen!“**

Noch Anfang 1983 gab es über 1 Million Kurzarbeiter. Jetzt ist diese Zahl auf rund 150 000 gesunken. Besonders erfreulich ist auch, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ständig weiter abnimmt.

Und vor allem: Allein in diesem Jahr werden etwa 350 000 mehr Menschen neue Arbeitsplätze finden.

CDU
**sicher
sozial
und frei**

Die grünen Staatszerstörer

Anlässlich der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zum Reaktorunfall in Tschernobyl nahm der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Seifers, zum Parteitag der Grünen Stellung und erklärte u. a.: Die Beschlüsse des Parteitages der Grünen in Hannover und das verabschiedete Wahlprogramm sind ein Rezeptbuch, wie man auf schnellstem Wege eine freiheitliche Demokratie, einen Rechtsstaat, eine soziale Gesellschaft und ein reiches Land ruinieren kann.

① Die Grünen fordern den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, selbstverständlich verbunden mit dem Abzug aller westlichen Schutztruppen aus der Bundesrepublik, die einseitige Abrüstung des Westens, die langfristige Auflösung der Bundeswehr und die sofortige Auflösung des Bundesgrenzschutzes. Wer dies verlangt, macht uns schutzlos, treibt uns aus der Gemeinschaft des freien Westens heraus und will letzten Endes unsere Unterwerfung unter die sowjetische Hegemonie.

② Die Grünen fordern die Auflösung der Bereitschaftspolizei, den personellen Abbau und die Entwaffnung der Polizei in Bund und Ländern sowie die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Wer dies verlangt, macht den Rechtsstaat schutzlos und liefert die Bürger den Chaoten und den Radikalen auf der Straße aus. Daß die Grünen dies wollen, zeigte sich auf dem grünen Parteitag, als die Zahl der in Wackersdorf verletzten Polizisten belächelt wurde, in beschämender und abstoßender Weise.

③ Die Grünen fordern die Streichung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz. Sie wollen die völkerrechtliche

Anerkennung der DDR und die Schwächung Berlins. Ich sage: Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, immer und überall für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen einzutreten, ganz besonders für unsere Landsleute in der DDR, und dazu gehört auch das Festhalten am Wiedervereinigungsgebot in der Verfassung.

④ Die Grünen fordern die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben den folgenden Antrag aber mit großer Mehrheit abgelehnt: Die Bundesversammlung fordert den Bundesvorstand auf, an die Sowjetunion folgende Forderungen zu stellen:

a) die Stilllegung sämtlicher atomarer Anlagen auf sowjetischem Gebiet,

b) finanzielle Wiedergutmachung zu leisten an alle von der Katastrophe betroffenen Nachbarstaaten.

Darüber hinaus wurde ein Antrag abgelehnt, vor der sowjetischen Botschaft zu demonstrieren. Nichts kann die Unglaubwürdigkeit und Heuchelei grüner Forderungen drastischer dokumentieren als diese drei Beschlüsse. Motto: Kommunistische Kernreaktoren sind auch nach Tschernobyl gut, westliche sind schlecht. Den Grünen geht es doch überhaupt nicht um die Kernkraft, sondern um die wirtschaftliche Schwächung der Bundesrepublik Deutschland und um die Systemveränderung, die sie über Massenarbeitslosigkeit und Inflation erreichen wollen.

⑤ Die Grünen sind mit Blumen in dieses Parlament eingezogen. Mit großen Worten haben sie sich immer wieder als die einzig wahren Anwälte für den Frieden und für das Leben verkauft. Aber in Hannover beschließen sie — ich finde dies

besonders unmoralisch und skandalös — die völlige Freigabe der Tötung ungeborener Kinder im Mutterleib bis zur Geburt. Die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen 218 macht die ungeborenen Kinder schutzlos und wehrlos. Dies ist der Ausstieg aus der zivilisierten Gesellschaft.

Dies alles wäre keine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland. Dies alles könnte man abtun, wenn es sich um Beschlüsse und Forderungen handeln würde, die von einer Splitterpartei kämen oder von politischen Sektierern ohne Ein-

fluß auf das politische Geschehen. Das eigentlich Erschreckende dieser Entwicklung besteht darin, daß sich diese grüne oder besser gesagt tiefrote Politik immer stärker auf Sozialdemokraten stützen kann, die bereit sind, mit diesen Grünen gemeinsame Sache zu machen. Mit dieser Partei koalitiert die SPD in Hessen. Von dieser Partei will die SPD in Niedersachsen politische Unterstützung. Von dieser Partei erhofft sie sich Zusammenarbeit im Bund. Die deutsche Öffentlichkeit muß wissen, was die Grünen wollen und wer mit ihnen paktiert.

Dokumentation über die Grünen

Zahlreiche Abgeordnete und andere führende Vertreter der Grünen sind aus kommunistischen Kadergruppen hervorgegangen und verfolgen noch heute deren antidemokratischen Ziele. Das geht aus einer umfangreichen Dokumentation über die Grünen hervor, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion veröffentlicht worden ist. Sie trägt die Überschrift „Die Kader der Grünen“ und enthält Informationen über politischen Werdegang und Lebenslauf von insgesamt 65 führenden Funktions- und Mandatsträgern der Grünen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Seiters sagte dazu, in die Dokumentation seien nur solche Personen aufgenommen worden, die Mitglieder von Organisationen „sind, waren, ihnen nahestehen oder zumindest zeitweise nahestanden, die im Verfassungsschutzbericht genannt sind und extremistische oder sicherheitsgefährdende Ziele verfolgen“. Diese Gruppen bekennen sich zum Kommunismus in der Form des Marxismus-Leninismus, des Maoismus oder des Troztkismus. Sie vertreten die Auffassung, daß „unser Ge-

sellschafts- und Wirtschaftssystem beseitigt werden muß“. Ein Teil von ihnen hat sich sogar aufgelöst, um bei den Grünen mitarbeiten zu können. Ein anderer Teil stehe der Gewaltanwendung prinzipiell nicht ablehnend gegenüber.

Die Dokumentation, in der Daten und Angaben über 65 führende Funktionäre der Grünen gemacht werden, beruht, ausschließlich, auf öffentlich zugänglichem Material wie Interviews und Zeitungsberichten, Fernsehaufnahmen und den veröffentlichten Berichten des Verfassungsschutzes. Die Dokumentation untersucht insbesondere die personelle Verquickung der Grünen mit dem Terrorismus, den K-Gruppen wie dem Kommunistischen Bund (KB), aber auch dem Sozialistischen Büro, der KPD, dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, der undogmatischen „Neuen Linken“ sowie der DKP und ihrer Organisationen. Dabei wird auch auf die zum Teil erheblichen Straftaten grüner Politiker im Zusammenhang mit dem Terrorismus sowie auf die Haftstrafen hingewiesen, die gegen sie ausgesprochen wurden. Zu diesem Personenkreis gehören Bundestags-, Europa- und Landtagsabgeordnete.

„Ohne Frauen keine Zukunft – Jetzt schaffen wir den Durchbruch“

Der 15. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung stand unter dem Motto „Ohne Frauen keine Zukunft – Jetzt schaffen wir den Durchbruch“. Am 7. Juni 1986 kamen im Konrad-Adenauer-Haus 333 Delegierte aus 10 Landesverbänden als Vertreterinnen von rund 160 000 weiblichen Mitgliedern in der CDU zusammen. Der Delegiertentag wurde – unter großer Beachtung durch die Medien – zu einem weiteren eindrucksvollen Beweis des Engagements und der politischen Stärke der CDU-Frauen.

Notwendig geworden war dieser zusätzliche Delegiertentag durch den Tod von Dr. Helga Wex. Sie hatte von 1971 bis zu ihrem Tod im Januar 1986 die Frauenvereinigung erfolgreich geführt und sie zu einer wichtigen politischen Kraft in der CDU gemacht. Ihre Verdienste um die Frauenvereinigung und die Gesamtpartei wurden im Konrad-Adenauer-Haus nochmals gewürdigt.

Dann aber wies der Delegiertentag mit der Wahl einer neuen Vorsitzenden weit in die Zukunft:

Es war ein Zeichen der Stärke der Frauenvereinigung auch im Prozeß demokratischer Entscheidungen, daß sie zwei respektable Kandidatinnen für das Amt der Vorsitzenden präsentieren konnte: Prof. Dr. Rita Süßmuth, seit September 1985 Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und seit Anfang Juni auch Ministerin für Frauen, und Dr. Renate Hellwig, ehemalige Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz, Bundestagsabgeordnete und Mitglied des

Bundesvorstandes der Frauenvereinigung – zwei Frauen, die gleichermaßen für die Sache der Frauen und die Verwirklichung der Essener Leitsätze eintreten. Die Delegierten wählten mehrheitlich Rita Süßmuth an die Spitze der 160 000 Mitglieder starken Vereinigung: Sie erhielt 202 (60,7 %) Stimmen, für ihre Gegenkandidatin Renate Hellwig stimmten 131 Delegierte.

Mit Rita Süßmuth – sie ist nach Helene Weber, Aenne Brauksiepe und Helga Wex erst die vierte Vorsitzende – beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte und Arbeit der Frauenvereinigung. Rita Süßmuth hat in zahlreichen Funktionen vielseitige politische Erfahrungen gesammelt und ihre politische Kompetenz unter Beweis gestellt, so z.B. als Leiterin des Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft“ in Hannover, das inhaltlich von ihrer Vorgängerin Helga Wex und der Frauenvereinigung mitkonzipiert worden ist. Rita Süßmuth hat sich bereits vielfach als streitbare Kämpferin für die Sache der Frauen erwiesen – es ist in hohem Maße ihrem frauenpolitischen Engagement zu verdanken, daß der Bundeskanzler ihr Ministerium um die Abteilung „Frauen“ erweitert hat. Sie genießt selbst bei politischen Gegnern Respekt, zumal die anderen Parteien dieser kompetenten Frau nichts entgegenzusetzen haben. Die neue Vorsitzende wird dafür sorgen, daß die Frauenvereinigung weiterhin eine gewichtige Stellung in der CDU einnimmt.

Die Grundpositionen und Zielvorstellungen für ihre Arbeit in der Frauenvereinigung stellte Rita Süßmuth auf dem Delegiertentag unter das Leitmotiv: „Wir ha-

ben einiges erreicht, aber viel bleibt noch zu tun“.

Ihre politische Leitlinie: „Wir brauchen gegenwärtig nicht primär ein neues Zukunftsprogramm, diese Programmatik ist in Essen verabschiedet worden. Es gilt, sie jetzt Zug um Zug ... deutlich zu machen und daraus Konsequenzen zu ziehen.“

Einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht sie in der Frage der Wahlfreiheit für Männer und Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Politik dürfe Frauenleben nicht festlegen, sondern müsse die Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Berufsarbeit anerkennen. Sie forderte eine Gesellschaft, in der Familienwelt und Arbeits- und Bildungswelt besser aufeinander abgestimmt sind. Engagement für die Familien müsse zudem auch ältere Menschen — insbesondere ältere Frauen und Pflegebedürftige — einbeziehen.

Ein zentrales Anliegen der CDU-Frauenvereinigung mit Rita Süßmuth an der Spitze ist eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik. Rita Süßmuth lehnte eine Quotierung ab, forderte aber die Frauen auf, sich „Strategien“ zu überlegen, wie sie an die Ämter kommen, die sie brauchen; denn „mehr Frauen in der Politik bedeutet, daß Männer Mandate abgeben müssen.“

Mehr Frauen in politischer Verantwortung — diese Forderung wurde auch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf dem Delegiertentag unterstützt. Er gab den CDU-Frauen die Zusage: Nach der Bundestagswahl wird es im Kabinett mehr Frauen geben. In seiner einstündigen Rede und in der sich anschließenden Diskussion mit den Delegierten machte der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands die Erfolge der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode deutlich und wies zugleich auf die Aufgaben der nächsten Legislaturpe-

riode hin. Er verwendete dazu einen bildlichen Vergleich des baufällig gewordenen Hauses Bundesrepublik Deutschland, das die Regierung statisch wieder in Ordnung gebracht und in einigen Räumen wohnlicher gemacht hat. Es sei die Aufgabe der nächsten Legislaturperiode, auch die anderen Räume noch richtig wohnlich zu gestalten. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte dabei vor allem die Themen „Familie“, „Frauen“, „Jugend“ und „Zukunft“ in den Mittelpunkt seiner Ausführungen:

„Eine gesunde Familie ist ein Grundpfeiler einer menschlichen Gesellschaft und eines sozialen Rechtsstaates. Und so ist es doch ganz selbstverständlich, daß wir die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt haben, daß wir vor allem für die Frauen und Mütter das tun, was vernünftigerweise jetzt getan und finanziert werden kann. Aber es geht ja nicht nur um das Materielle. Ich glaube, die Wende in der Einstellung zu Kindern, Frauen, Müttern und Familien ist primär keine materielle Frage, sondern das ist wirklich eine Entscheidung für die Zukunft unseres Landes. Deshalb ist Familienpolitik, Politik für Kinder, Politik für Frauen ein Kernstück unserer Politik.“

Es ist unübersehbar, daß die Diskussion um die Werteordnung eine völlig neue Dimension bekommen hat. Hier ist eine gewaltige, positive Veränderung im Gang. Ich nenne beispielsweise die Renaissance des Geschichtsbewußtseins, das Verlangen vor allem junger Menschen, mehr von der Geschichte des eigenen Volkes zu erfahren, zu wissen, wo man steht und wo man hingeht. Ich erinnere ferner an die erfreulichen Zeichen neuer Mitmenschlichkeit, etwa die Hilfe für die Dritte Welt, für die junge Leute ein ganz ungewöhnlich starkes Engagement und eine besondere Sensibilität be-

Jugend und Politik – Eine Dokumentation der Fraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Dokumentation zum Thema „Jugend und Politik“ erarbeitet. Hierzu erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hermann Kroll-Schlüter: Die Lage der Jugend verbessert sich kontinuierlich. Der Pessimismus der 70er Jahre gehört der Vergangenheit an. Diesen positiven Trend bestätigen sämtliche Umfragen unter den 15- bis 25jährigen. Die Erwartungen der jungen Leute sind von uns erfüllt worden.

Mit der Dokumentation „Jugend und Politik“ stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der breiten Öffentlichkeit ihre Vorstellungen in Theorie und Praxis über eine zeitgemäße Jugendpolitik vor. Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU und Mitglieder der Bundesregierung erläutern in einer Reihe von Sachbeiträgen zu unterschiedlichen Themenbereichen, was jugendpolitisch in dieser Legislaturperiode durchgesetzt wurde bzw. was einer Fortschreibung bedarf.

Die Dokumentation ist nicht zuletzt auch eine Informationsbroschüre, die Auskunft gibt über staatliche Fördermittel, Austauschreisen in alle Welt, Wehrdienst und Frieden, neue Technologien oder Be-

Diese jungen Leute erwarten von uns Sensibilität, Offenheit, aber auch Autorität; sie wollen nicht, daß wir ihnen nach dem Mund reden, sie wollen, daß man auf sie zugeht und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzt. Hier liegt auch eine besondere Herausforderung für die Frauenvereinigung. Sie können in besonderer

stimmungen des Jugendschutzes und manches mehr.

(Die Dokumentation ist bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abteilung Dokumentation, Zimmer 218 S, Telefon 16-54 76, zu erhalten.)

Heiner Geißler Vizepräsident der Christlich Demokratischen Internationale

Die Generalversammlung der Weltunion der Christlich Demokratischen Parteien (CDI) hat am 6. Juni 1986 CDU-Generalsekretär Heiner Geißler zu ihrem Vizepräsidenten gewählt.

Schatzmeister wurde der CDU-Europa-abgeordnete Horst Langes aus Trier.

Die CDI umfaßt 56 Parteien aus vier Kontinenten (Europa, Amerika, Afrika und Asien) und hat sich folgende Ziele gesetzt:

- insbesondere den Kampf für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte;
- die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene;
- die Kooperation zwischen den Völkern zur Sicherung des Friedens.

Weise dafür eintreten, daß die Partei offen bleibt und sensibel für Anfragen aus der Gesellschaft. Sie haben eine besondere Chance — und, wie ich finde, eine besondere Pflicht —, Ihren unverwechselbaren Beitrag zu leisten zu dieser Wertediskussion, die jetzt in unserem Lande so intensiv geführt wird.“

Gespräch mit dem Ruhrbischof

Auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl fand am Mittwoch, 4. Juni 1986, im Kanzleramt ein Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern der Bundesregierung sowie Bischof Franz Hengsbach und führenden Vertretern aus dem Ruhrbistum Essen statt. Im Mittelpunkt der Unterredung stand die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage des Ruhrgebietes.

Bischof Hengsbach erläuterte die schwierigen Probleme des Ruhrgebietes. Beide Seiten waren sich einig, daß die Lage des Reviers weiterer besonderer Aufmerksamkeit bedürfe. Es gelte, die bereits erreichten beschäftigungspolitischen Erfolge konsequent durch gezielte berufsqualifizierende Maßnahmen, die Förderung moderner Technologien besonders im Bereich der mittelständischen Wirtschaft und die Ansiedlung neuer industrieller Unternehmen im Ruhrgebiet fortzuentwickeln, damit neue Zuversicht für die Menschen im Revier entsteht.

Bundeskanzler Helmut Kohl dankte in diesem Zusammenhang den Vertretern des Bistums für ihre Solidaritätsaktionen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für jüngere Mitarbeiter. Die Mitarbeit der katholischen Kirche bei der Lösung dieser zentralen Aufgabe sei ein ermutigendes Zeichen gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Diese Initiativen seien ein wirksamer Beitrag zu den Bemühungen um eine humane Arbeitswelt, die für die Bundesregierung einen Schwerpunkt ihrer Politik bilde, erklärte der Bundeskanzler.

Die Gesprächspartner vereinbarten, die angesprochenen Themen weiter zu vertiefen.

Meinungsaustausch mit dem Zentralrat der Juden

Zu einem intensiven und fruchtbaren Meinungsaustausch sind am 4. Juni 1986 in Bonn Mitglieder des CDU-Präsidiums unter Leitung des Parteivorsitzenden, Helmut Kohl, und das Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland unter Führung seines Vorsitzenden Werner Nachmann zusammengetroffen. Fragen des Geschichtsbewußtseins und aktuelle Themen standen im Mittelpunkt des Gesprächs, an dem seitens des Zentralrats auch der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, teilnahm.

OECD optimistisch für deutsche Wirtschaft

Das Wirtschaftswachstum der westlichen Industrieländer soll sich in den nächsten 18 Monaten zwischen 3 und 3,5 % stabilisieren. Zugleich soll die Arbeitslosigkeit nach dem neuesten Konjunkturausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bis Ende 1987 insgesamt nicht weiter ansteigen und in der Bundesrepublik leicht sinken. Neue Inflationsgefahren werden vorerst nicht erwartet.

Während für die USA ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote auf rd. 6,75 % vorausgesagt wird, soll sie in den meisten europäischen Ländern mit durchschnittlich 11 % relativ hoch bleiben. Laut OECD wird die Bundesrepublik Deutschland das einzige europäische Land sein, in dem 1986 die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit Anfang der 80er Jahre sinken wird. Die Arbeitslosenquote soll von 8,3 % in 1985 auf 8 % in 1986 und 7,25 % in der zweiten Hälfte 1987 zurückgehen.

Delegierte forderten Einrichtung eines weltweiten Frühwarnsystems

Mit der großen Mehrheit von 209 gegen 22 Stimmen wurde der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann auf dem ordentlichen Landesparteitag erneut an die Spitze des Landesverbandes gewählt. Neumann, der den Bremer Landesverband seit 1979 leitet und der auch Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft ist, hatte sich zuvor in seinem politischen Rechenschaftsbericht ausgiebig mit der finanziellen Situation Bremens beschäftigt.

Nur die Hoffnung auf Hilfe der anderen Bundesländer reiche bei weitem nicht aus, stellte der CDU-Chef fest. Etwa zwei Drittel der heutigen Verschuldung Bremens hätten sich vermeiden lassen, wenn man in den vergangenen Jahren den öffentlichen Dienst nicht unverantwortlich aufgebläht und eine falsche Hochschul-, Schul- und Gesundheitspolitik betrieben hätte. Der erst vor einigen Monaten ins Amt gewählte Bürgermeister Wedemeier habe die Chance auf einen Neuanfang ungenutzt verstreichen lassen. Mit ihm hätten kalte Technokraten Einzug ins Rathaus gehalten.

Neumann forderte mit Blick auf das Wahljahr 1987 die Bremer Liberalen auf, sich voll auf die Bonner Linie der FDP zu begeben. Neumann: „Wenn die FDP diesen Weg nicht geht, dann ist sie für Bremen überflüssig.“ Bei der SPD und den GRÜNEN stellte der CDU-Chef eine zunehmende Identität in weiten politischen Bereichen fest. Anhaltenden Beifall der Delegierten gab es schließlich für das klare Bekenntnis zur Politik der Bundesregierung und zu Bundeskanzler Helmut Kohl.

Zuvor hatte der ebenfalls mit großer Mehrheit im Amt bestätigte Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz die Regierungszeit von Helmut Kohl als die „erfolgreichste Regierung Europas“ bezeichnet. Er forderte die Parteifreunde auf, von den Erfolgen auch zu reden, da sonst die Gefahr bestehe, daß alles als selbstverständlich hingenommen werde. Ausgiebig beschäftigten sich die Parteitagsdelegierten mit dem Leitantrag des Landesvorstandes zum Thema „Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl“. Es wurde gefordert, die Kernkraftwerke in aller Welt sollten auf den Sicherheitsstandard der Meiler in der Bundesrepublik gebracht werden. Die Delegierten verlangten ein weltweites Frühwarnsystem und begrüßten die Initiative von Bundeskanzler Kohl, eine internationale Konferenz über Sicherheit und Frühwarnung einzuberufen.

Einstimmig forderte der Landesparteitag der Bremer CDU die Bundesregierung auf, die Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechtigung auf alle Frauen auszuweiten.

Zulassungen schadstoffarmer Autos – ein Erfolg für die Union

Die Zulassungszahlen schadstoffarmer Autos sind ein Beweis für die erfolgreiche Umweltpolitik der Regierung. Erstmals haben mehr als 100 000 Fahrzeuge die strenge US-Abgasnorm erfüllt. Bemerkenswert ist auch, daß sich die Zahl der neuzugelassenen Katalysator-Autos von Februar bis März verdoppelt hat.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

„Für uns ist der bäuerliche Familienbetrieb auch in Zukunft unverzichtbar.“ Helmut Kohl im neuen Zeitungsflugblatt, das sich an die deutschen Landwirte richtet. Dieses informiert umfassend zu den konkreten Hilfsmaßnahmen der Regierung Kohl. Das neue zweiseitige CDU extra sollte deshalb ganz besonders in den ländlichen Gegenden verteilt werden, damit eines klar ist: Bauern wählen CDU!

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
10,- DM
Bestell-Nr.: 2821

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland
20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl auf einen Blick (Seite 2)

Klar doch: Bauern wählen CDU



CDU extra

Unser Land braucht die Bauern

Wir lassen unsere Bauern nicht im Stich

Das sind gezielte Hilfen der Regierung Helmut Kohl:

Die Regierung Helmut Kohl ist entschlossen, die Interessen der Bauern zu wahren. Sie unterstützt sie durch gezielte Hilfen, die den landwirtschaftlichen Familienbetrieben zufließen. Diese Hilfen sind in Form von Zuschüssen, Darlehen und Steuererleichterungen ausgestaltet. Sie sollen den Bauern helfen, ihre Betriebe zu modernisieren und zu vergrößern. Die Regierung Helmut Kohl ist sich bewusst, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Bestandteil unserer Volkswirtschaft ist. Sie wird alles in ihrer Macht stehende tun, um die Bauern zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Betriebe erfolgreich zu betreiben.

13 Jahre SPD haben den Bauern die Krise eingebracht



Die SPD hat in den letzten 13 Jahren die Landwirtschaft in eine Krise geführt. Die Bauern haben unter der SPD-Regierung viel Leid erdulden müssen. Die Regierung Helmut Kohl hat die Landwirtschaft wieder auf den richtigen Weg gebracht. Sie hat die Hilfen, die den Bauern zufließen, deutlich erhöht. Die Bauern können sich jetzt wieder auf einen guten Weg in die Zukunft machen.

UID

19/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.